

„Fördern statt ausgrenzen“

Resolution

**Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung
des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Bayern e.V.,
am 01.04.2006 in München**

Das Bayerische Kabinett hat am 14.02.2006 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der den Schulausschluss von Kindern erleichtern soll und die Verkürzung der Vollzeit- und Berufsschulpflicht junger Menschen ab der siebten Klasse vorsieht, wenn diese erheblich den Unterricht stören, aggressiv oder gewalttätig sind.

Aus Sicht des Kinderschutzbundes ist zwar das verfolgte Ziel richtig, das Recht der Schüler auf einen störungsfreien Unterricht zu stärken und Gefährdungen des Lernerfolgs zu begegnen. Denn Bildung hat hohe Priorität im Wertekatalog des Bayerischen Kinderschutzbundes, insbesondere auf der Grundlage der UN-Kinderrechte-Konvention, in der das Recht eines jeden Kindes auf Bildung festgeschrieben ist.

Um Bildung zu fördern, Schülerinnen und Schüler zu stärken und nicht zuletzt die Eltern und LehrerInnen bei ihren Aufgaben zu unterstützen, sind die beschlossenen Maßnahmen zum Schulausschluss kontraproduktiv. Hier wird Bildungspolitik am falschen Ende gemacht – und dies auf Kosten gerade solcher Jugendlicher, die eine intensive Betreuung und präventive Maßnahmen in ihrem Lebensumfeld brauchen.

Verschärfte disziplinarische Maßnahmen können nicht als „ultima ratio“ bezeichnet werden, wie die Bayerische Staatsregierung dies tut. Denn damit geht sie stillschweigend über die Tatsache hinweg, dass die Möglichkeiten der Prävention bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Der Landesverband Bayern des Kinderschutzbundes fordert deshalb, dass sich staatliche Organe und Verantwortungsträger stärker um die Förderung der Schulsozialarbeit, um vorbeugende, langfristige Projekte und Netzwerke in soziostrukturellen und städtebaulichen Problemgebieten – auch in kleineren Kommunen – und um Erziehungspartnerschaften in Zusammenarbeit von Lehrern, Jugendhilfe und Eltern kümmern sollten. Insbesondere die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ist deutlich verbesserungsbedürftig. Der Deutsche Kinderschutzbund bietet im Rahmen seiner Möglichkeiten Unterstützung vor Ort an.

Die Ausgrenzung der betroffenen Schüler und Schülerinnen bedeutet für deren Eltern, die mit ihren „schwierigen“ Kindern hierdurch alleine gelassen werden, eine immense Überforderung. Vorhersehbar sind zunehmende Auffälligkeiten der Kinder und Anfälligkeiten für ein Abrutschen in Kriminalität, Sucht, o.ä. Langfristig wird die Jugendhilfe einspringen müssen, was zu der immer wieder beklagten und hier eindeutig hausgemachten Kostensteigerung in der Jugendhilfe beiträgt.

Aus Sicht des Landesverbandes Bayern des Deutschen Kinderschutzbundes stellen die aktuellen Beschlüsse der Bayerischen Staatsregierung die Fortsetzung einer Bildungspolitik dar, die geprägt ist von Ausgrenzung statt Förderung. Jugendliche mit Problemen werden ohne Schulabschluss aus der Schule entlassen und an die Jugendhilfe übermittelt und damit aus dem System Schule ausgegrenzt. Eine Delegation an die Jugendhilfe stellt nicht den geeigneten Weg dar. **Vielmehr muss Schule so organisiert und ausgestattet sein, dass sie alle Schüler nach ihren Fähigkeiten fördert und integriert.**

Ekkehard Mutschler, Vorsitzender

Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Bayern

Bernhard Scharl, stellv. Vorsitzender